

nr. 5 – juli/august 2014

ecke köpenicker

Seite 3: Grünes Band an der Spree Seite 6: Kahlschlag auf dem zweiten Arbeitsmarkt
Seite 9: Vandalismus – nicht nur am Engelbecken Seite 12: Bürgerfest in der Luisenstadt



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erkennen Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 8. September. Wir freuen uns über Ihre Post! Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Imbiss an der Ecke Michaelkirchstraße/Köpenicker Straße. Gewinner ist Frank Benthin – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, seit Januar 2014 sind mit dieser Ausgabe inzwischen fünf Zeitungen »Ecke Köpenicker« erschienen. Wir haben uns sehr gefreut über die große Resonanz und den Zuspruch, den wir mit dieser Zeitung bislang erleben durften. Uns erreichten viele Kommentare, Anfragen und thematische Anregungen. Dafür möchten wir allen danken!

Diese Zeitung erscheint mit acht Ausgaben im Jahr, es folgen also noch drei Ausgaben nach der Sommerpause. Eventuell wird es im Herbst auch eine zusätzliche Sonderausgabe zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls geben. Zu erinnern wäre an die historische Luisenstadt, die durch den Mauerbau 1961 in die Nördliche und Südliche Luisenstadt zerschnitten wurde – hier die Ostberliner Mitte, dort das Westberliner Kreuzberg.

Die Annäherung und Verbindung dieser beiden Stadtteile werden auch in der Zukunft ein wichtiges Thema sein.

Wir wünschen allen einen schönen Sommer und freuen uns über Ihre Resonanz, Ihre Idee, Fragen und Anregungen!

Die Redaktion

Adress- und Terminkorrektur zum Bürgerverein Luisenstadt!

Der Bürgerverein Luisenstadt hat die Adresse Michaelkirchstraße 2 (9. Etage). Bürozeiten sind dort mittwochs von 14 bis 16 Uhr. Telefonisch ist der Verein zu erreichen unter 279 54 08, per e-mail unter buero@buergerverein-luisenstadt.de Internet: www.buergerverein-luisenstadt.de Auf der Website des Bürgervereins stehen auch die bisherigen und die aktuelle Ausgabe der »Ecke Köpenicker« als PDF bereit.

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, direkt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße.

Nächstes Treffen der BV: Di, 19.8., 18.30 Uhr Die Sitzungen der BV sind öffentlich. In der BV kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, ist stimmberechtigtes Mitglied.

Runder Tisch Köpenicker

Montag, 21. Juli, 11–13 Uhr: A&O Hostel, Köpenicker Straße 127

Ausstellung I: Mauer

»Das VirtuelleMauer_ZeitLabor« (siehe auch S. 12), 6.–29. August, im Veranstaltungsraum der Berolina-Wohngenossenschaft, Neue Jakobstraße 30, Eintritt frei, Öffnungszeiten bitte bei Berolina unter Telefon 27 87 28-0 erfragen

Ausstellung II: Ansichten

»Berliner Ansichten – Fotografien von Max Missmann«, noch bis 31. August im Märkischen Museum, Am Köllnischen Park 5

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe »Ecke Köpenicker«: Montag, 8. September

Online

ist die »Ecke Köpenicker« auch unter folgenden Web-Adressen als PDF eingestellt: www.luisenstadt-mitte.de www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.



»Grünes Band an der Spree«

Erste Bürgerveranstaltung zur Spreeufer-Gestaltung

Am Ende der Veranstaltung gab es Lob: Es sei gut, dass der Bezirk so frühzeitig die Bürgerbeteiligung beginne, ohne gleich fertige Pläne vorzusetzen – vielmehr war diese Informationsveranstaltung erst der Auftakt zu einem längeren Prozess, bei dem die Bürger von Anfang an einbezogen werden und ihre Ideen und Vorschläge gefragt sind.

Es ging auf der Bürgerversammlung am 1. Juli um die Neugestaltung des Spreeufers – eines der wichtigsten Vorhaben im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Wie groß das Interesse von Bürgern und unterschiedlichen Initiativen daran ist, zeigte die große Zahl der Besucher: im Forum der Evangelischen Schule war jeder Platz besetzt. Langfristiges Sanierungsziel im Bezirk Mitte ist ein öffentlicher Uferweg für Fußgänger und Radfahrer entlang der Spree bis nach Friedrichshain/Kreuzberg.

Der Baustadtrat von Mitte, Carsten Spallek, und Andreas Bachmann vom Koordinationsbüro (KoSP), das mit der Betreuung des Sanierungsgebiets beauftragt ist, erläuterten die Grundzüge des Vorgehens in der Luisenstadt. Zunächst laufen derzeit zwei Bebauungsplanverfahren, um die Nutzung des Uferstreifens als öffentlichen Weg und Grünfläche rechtssicher festzuschreiben. Wird der B-Plan festgesetzt, bildet er den rechtlichen Rahmen und damit die Voraussetzung für die eigentliche Gestaltung des Uferwegs. Alle Bürger können den derzeit ausgelegten Bebauungsplanentwurf noch bis 23. Juli einsehen und Zustimmung oder Einwände äußern (s.u.).

Der B-Plan ist wichtig wegen der Eigentumsverhältnisse: Manche Grundstücke entlang des Uferstreifens wurden in den letzten Jahren schon vom Land Berlin erworben und gehören der öffentlichen Hand, andere sind noch in Privatbesitz und müssen erst erworben bzw. über städtebauliche Verträge für die öffentliche Nutzung gesichert werden.

Langfristiges Ziel des Bezirks ist eine 10 bis 20 Meter breite, unbebaute Uferzone mit durchgehendem, möglichst barrierefreiem Weg und vielfältigen Nutzungsangeboten: für Erholung, Freizeit, Spielen, Bewegung. Zudem sind im Gebiet mehrere Erschließungswege zum Spreeufer hin geplant – ebenso wie der Neubau der ehemaligen Waisenbrücke.

Doch vor der eigentlichen Gestaltung stehen noch etliche grundsätzliche Aufgaben: Neben dem B-Plan-Verfahren und der Grundstücks-sicherung müssen u.a. Gutachten zum Baugrund, zu Altlasten, zur Standsicherheit und Ufersicherung durch Spundwände oder zu Lei-

tungssystemen sowie ein Umweltbericht erstellt werden. Derzeit sei die Situation in vielen Bereichen schwierig, manche Uferzonen sacken sogar ab.

Neben der Grundsicherung müssen weitere technische Anforderungen berücksichtigt werden, z.B. für notwendige Rettungswege für Feuerwehr und Krankenwagen. Deshalb muss der Uferweg zumindest befestigt sein, erläuterte Carsten Spallek, jedoch keineswegs auf ganzer Breite: ca. 4 bis 5 Meter von den gesamten 10 bis 20 Metern. Es bedarf zudem Abstimmungen u.a. mit dem Wasserstraßenschiff-fahrtsamt, mit Senatsverwaltungen, zwischen den einzelnen Bezirksverwaltungen und mit dem Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg. Zu berücksichtigen ist auch das rasant wachsende Tourismusaufkommen an den Schiffsanlegestellen.

Erste Kostenschätzungen für die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich bislang auf ca. 7 Mio. Euro, die zu 90% aus Bundes- und ggf. EU-Mitteln finanziert werden sollen, auch wegen des Tourismus. Carsten Spallek betonte nochmals das Verfahren der frühzeitigen Bürgerbeteiligung: Der Bezirk hat bislang keine festgelegten Pläne oder Entwürfe, sondern bereitet derzeit mit den B-Plänen und Gutachten lediglich die notwendigen Grundlagen für die künftige Gestaltung, bei der vor allem die Bürger, die Betroffenenvertretung, diverse Initiativen und Anlieger (z.B. das Teepee-Dorf, die Anwohner der Eisfabrik, die Spreefeld e.G.) gefragt sind.

Nach lebhafter Diskussion mit vielen konkreten Fragen, Diskussionsbeiträgen und Anregungen aus dem Publikum stellte Andreas Bachmann den geplanten Verlauf des Bürgerbeteiligungsverfahrens vor: Parallel zum derzeitigen B-Plan-Verfahren, den notwendigen Abstimmungen und fachlichen Gutachten beginnt schon jetzt die Ideensammlung für die künftige Gestaltung des »Grünen Bandes an der Spree« zusammen mit den Bürgern. Noch in diesem Sommer will das KoSP eine Internetseite als Informationsmedium und Debattenforum einrichten, wo Bürger sowohl Einsicht in den bisherigen Vorbereitungsstand erhalten als auch ihre eigenen Ideen und Anregungen eintragen und in einem Forum diskutieren können. Anfang des nächsten Jahres sollen diverse thematische und zielgruppenorientierte Workshops für alle stattfinden, auf Anregung aus dem Publikum auch mit Ortsbegehungen. Auf der Basis dieser Ergebnisse und Abstimmungen soll dann möglichst Ende 2015 ein freiraumplanerischer Wettbewerb ausgelobt werden. 2016 könnten dann die unterschiedlichen Wettbewerbsangebote ausgewertet, mit einer Jury eine Wahl getroffen und in einer öffentlichen Veranstaltung nochmals überarbeitet und feinjustiert werden.

Sicherlich würden am Ende nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können, sagte Carsten Spallek. Doch dieses sehr offene frühzeitige Beteiligungsverfahren ist ungewöhnlich. Irgendwann sagte ein Bürger mit englischem Akzent (als Erwiderung auf eine Forderung nach »repräsentativer Gestaltung wie in Paris oder London«), er sei sehr froh, nicht in Paris oder London zu sein, sondern in Berlin. »Ich hoffe, dass wir hier kreativer und menschlicher bauen können. Und ich freue mich über diese Beteiligung!«

Wie sehr darüber hinaus im Sanierungsgebiet die Probleme brennen, zeigte ein Eingangsbeitrag aus dem Publikum, wo es um Wohnungsnot und Investorendruck ging. Dazu könne man eine gesonderte Veranstaltung organisieren, regte der Baustadtrat an. us

B-Plan-Auslegung: bis 23. Juli, Bezirksamt Mitte, Bezirksamt Mitte von Berlin, Müllerstraße 146, 1. OG, Raum 169 Mo–Mi 09–15 Uhr, Di 09–17 Uhr, Fr 08–14 Uhr Einsicht und Äußerungen auch via Internet unter www.berlin.de/ba-mitte/Stadtplanung/Bauleitplanung

Kommt die Parkraumbewirtschaftung?

Mit dem »Bürgerverein Luisenstadt e.V.« wurde ein Verkehrskonzept für das Gebiet weiterentwickelt



Das Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt nähert sich seiner Fertigstellung. Es wurde am 18. Juni im Verkehrsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte präsentiert. Die vom Bezirk beauftragten Verkehrsplanungsbüros bedankten sich bei der Vorstellung ausdrücklich beim »Bürgerverein Luisenstadt e.V.«, dessen Verkehrs-AG an dem Konzept mitarbeitete. Viele der Anregungen der AG finden sich jetzt im Konzept wieder, einige werden bereits umgesetzt. Auch das Thema Parkraumbewirtschaftung scheint voranzukommen: Der zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) gab seine grundsätzlichen Vorbehalte auf und sieht jetzt nur noch haushaltstechnische Probleme.

Zur Parkraumbewirtschaftung schlagen die Verkehrsplaner der Büros »Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH« sowie der »Gruppe Planwerk« die Einrichtung von zwei Zonen vor: Deren Grenze könnte vom Moritzplatz aus nördlich entlang der Heinrich-Heine-Straße verlaufen, westlich über die Köpenicker und wieder nördlich über die Michaelkirchstraße zur Michaelbrücke. Bei Voruntersuchungen und Verkehrszählungen hatten die Planungsbüros die Kennzeichen der abgestellten PKW tags und nachts mehrfach erfasst und verglichen. Tagsüber konnten sie weniger als 40% der in der Nördlichen Luisenstadt parkenden PKW den Anwohnern zuordnen. Über 60% der Fahrzeuge gehören also Berufstätigen oder Kunden, die hier ependeln. Zugleich hatten die Planer festgestellt, dass die Parkraumsituation an Werktagen tagsüber an vielen Stellen sehr kritisch ist: Bereits jetzt ist der Parkdruck in der Nördlichen Luisenstadt immens und dürfte sich künftig noch verstärken, denn hier entstehen viele neue Wohn- und Gewerbebauten – weitere sind in Planung. Aber nicht alle werden über eigene Stellplätze verfügen: für eine Baugenehmigung sind, anders als früher, Parkplätze keine Bedingung mehr.

Die Untersuchungsergebnisse der beauftragten Büros überzeugten auch den zuständigen Stadtrat Carsten Spallek, der zuvor auf einer gut besuchten Bürgerversammlung im März zur Kenntnis genommen hatte, dass ein Großteil der Anwohner eine Parkraumbewirtschaftung begrüßen würde. Probleme sieht Carsten Spallek allerdings noch im Haushaltsbereich. »Ich gehe zwar davon aus, dass die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung rein betriebswirtschaftlich die Kosten decken – zumal im vergangenen Jahr das Bußgeld für ein Knöllchen auf zehn Euro erhöht wurde. Die Frage ist jedoch, ob das auch im Bezirkshaushalt ankommt oder ob der Bezirk dabei zuschießen muss.« Angesichts der komplizierten Budgetie-

rungsregeln der Bezirkshaushalte sei die Kostendeckung für den Bezirk keinesfalls sicher, das Ordnungsamt prüfe erst noch die Auswirkungen.

Unterdessen werden die ersten Vorschläge des Verkehrskonzeptes bereits in die Realität umgesetzt. Dabei fließen auch etliche Vorschläge der Verkehrs-AG des Bürgervereines Luisenstadt ein, so z.B. bei der Einrichtung des Zebrastreifens im mittleren Abschnitt zwischen Michaelkirchplatz und Engelbecken sowie bei diversen Gehwegvorstreckungen und -absenkungen im Bereich um die Michaelkirche und das Engelbecken. Hier sollten, finanziert aus Mitteln des Denkmalschutzprogrammes, die Arbeiten eigentlich bereits in vollem Gange sein. Doch wurden die Ausführungsplanungen noch kurzfristig geändert, die Bauarbeiten beginnen deshalb mit leichter Verzögerung. Mitglieder der Verkehrs-AG der Betroffenenvertretung hatten bei gemeinsamen Begehungen die Verkehrsplaner auf besondere Gefahrenstellen hingewiesen: u.a. die Sichtbeschränkung für heranfahrende Autofahrer aus der Annenstraße durch die Mauer um das Engelbecken. Rennen von hier aus Kinder über die Straße, könnte es gefährlich werden.

Neben der Verbesserung der Verkehrssicherheit soll das Verkehrskonzept auch Vorschläge entwickeln, den Durchgangsverkehr aus den Wohnstraßen im Gebiet heraushalten. Dies soll vor allem durch die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen im weiteren Verlauf der Michaelkirchstraße (zwischen Michaelkirchplatz und Köpenicker Straße) sowie in der Adalbertstraße geschehen. Hier stehen im Sanierungsgebiet auch mittelfristig Fördergelder zur Umsetzung dieser Maßnahmen bereit. Außerhalb des Sanierungsgebietes ist die Finanzierung aber oft schwieriger. Und bei anderen Maßnahmen wie z.B. einer durchgehenden Geschwindigkeitsbeschränkung im Straßenzug Annenstraße/Engelbecken auf Tempo 30 müssen die Vorschläge der Verkehrsexperten erst noch von der »Verkehrslenkung Berlin« (VLB) genehmigt werden. Die VLB gehört der Senatsabteilung für Stadtentwicklung und Umwelt an und ist für übergeordnete Straßenverbindungen zuständig. Aufgrund massiven Personalman-gels können dort allerdings auch simpelste Entscheidungen durchaus sieben bis acht Monate dauern.

Insgesamt jedoch scheint es in der Nördlichen Luisenstadt gelingen zu sein, in einem konstruktiven Dialog zwischen Experten, Fachverwaltung und engagierten Bürgern ein nachhaltiges Konzept für die Entwicklung des Verkehrsraumes in der Nördlichen Luisenstadt zu entwickeln. cs

Kommentar

12-Minuten-Takt im Bürgeramt

Frust auf allen Seiten – den Bezirken fehlt es an Personal, die Ämter sind chronisch überlastet

Dienstagmorgen, kurz vor 11 Uhr. Der Warteraum des Bürgeramts Wedding ist voll. Und die Schlange am Schalter, wo man Wartenummern oder Auskunft erhalten kann, sehr lang: eine halbe Stunde Wartezeit muss man allein schon dort einplanen. Die Anzeigentafel verzeichnet die Zahl der bereits Wartenden: Schon jetzt sind es 187 (nicht gerechnet jene, die einen Termin gebucht haben). Aufgerufen wird gerade die Nummer 17. Aber auch einen Termin kann man online nur noch drei bis vier Wochen im voraus buchen.

Teilweise werden in Bürgerämtern schon gar keine Wartenummern mehr ausgegeben, dort geht es nur noch per Terminvereinbarung. Wer einen Notfall hat, z.B. einen Personalausweis verloren oder kurz vor dem Urlaub feststellt, dass sein Pass nicht mehr gültig ist, muss sich auf viele schöne Stunden im Warteraum des Bürgeramts einstellen.

Unsere Söhne brauchten für die Ferien provisorische Personalausweise. Wir hatten gerade noch rechtzeitig zwei Termine buchen können: 11 Uhr und 11.12 Uhr. So blieb uns lange Wartezeit erspart. Ihr Vater hatte drei Tage zuvor seinen Ausweis verloren und kam gleich mit. Die Mitarbeiterin des Bürgeramts war sehr fix und ziemlich gereizt. Für den verlorenen Ausweis hätte ein dritter Extra-Termin vereinbart werden müssen, erklärte sie etwas barsch, stellte aber trotzdem noch schnell den Ersatz aus. »Sie sehen doch, was da draußen

los ist!« Ja, sahen wir – umso dankbarer waren wir der Mitarbeiterin, die mit ihren Kollegen nicht nur im Minutentakt vielfältige Anliegen bearbeiten muss, sondern die oft genug auch noch dem Frust der Kunden ausgesetzt ist.

Die bezirklichen Bürgerämter sind überall hoffnungslos und chronisch unterbesetzt. Denn einerseits wurden hier immer mehr Aufgaben und Leistungen gebündelt, was auf den ersten Blick ein ganz bürgerfreundliches Angebot war – aber das Personal wurde nicht entsprechend aufgestockt. Im Gegenteil: Immer weiter zwingt der Senat die Bezirke zum Personalabbau. Starr hält er an seiner Richtzahl fest: 20.000, mehr Stellen dürfen es nicht sein – in allen Ämtern aller Berliner Bezirke! Auch wenn die Bevölkerung wächst und damit die Aufgaben der Bezirke. Auch wenn die Bezirke ächzen und kaum noch in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen.

Im Bürgeramt merkt man das auf den ersten Blick. Woanders spürt man das, wenn Grünflächenamt und Parks verwahrlosen, weil es zu wenig Personal im Grünflächenamt gibt; wenn sich Bauprojekte der öffentlichen Hand verzögern, weil kaum noch Bauleiter unter den gegebenen Bedingungen bei den Bezirken arbeiten wollen; wenn man lesen muss, dass in den Jugendämtern oft genug ein einzelner Mitarbeiter für 90 bis 100 oder sogar noch mehr betreuungsbedürftige Familien zuständig ist ... Und die Lage wird nicht besser: Denn wenn Verwaltungsmitarbeiter in Pension gehen, fehlt es auch an Nachwuchs.

Solange der Senat seine Finanz- und Personalpolitik nicht ändert, werden Berliner also noch sehr viel kostbare Zeit (nicht nur Frei-, sondern notgedrungen auch Arbeitszeit) auf Ämtern erwarten müssen, während der Krankenstand in der Verwaltung weiter steigt. Ob das der Berliner Produktivität dienlich ist, darf bezweifelt werden.

cs/us

Bildecke



Kahlschlag im Jobcenter

Der zweite Arbeitsmarkt in Mitte bricht zusammen

Der Berliner Arbeitsmarkt boomt. Er schafft so viele Arbeitsplätze wie lange nicht mehr, so heißt es. Mag sein: Auf der anderen Seite jedoch, auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, brechen derzeit die Strukturen zusammen. Vor allem Mitte ist betroffen.



Im Bezirk arbeiten derzeit etwa 850 Menschen in Beschäftigungsmaßnahmen der Programme »Bürgerarbeit« und »FAV« (»Förderung von Arbeitsverhältnissen«). Dabei dauert die Förderung jeweils bis zu zwei Jahren. Zum »zugangsberechtigten Personenkreis« gehört, wer auf dem regulären ersten Arbeitsmarkt als benachteiligt gilt: Das sind nicht nur Langzeitarbeitslose, sondern auch Alleinerziehende, Menschen mit Handicaps oder Ältere.

Finanziert werden die Stellen vom Jobcenter Mitte und dem Land Berlin, das etwa ein Viertel der Kosten trägt. Eingesetzt werden die Arbeitsplätze vor allem im sozialen und soziokulturellen Bereich – sie dürfen der Wirtschaft und damit dem ersten Arbeitsmarkt keine Konkurrenz machen. Reich werden die Beschäftigten dabei nicht: mit netto 1150 Euro im Monat macht man hierzulande keine großen Sprünge.

Die Beschäftigten betreuen z.B. Senioren, helfen Kindern bei den Hausaufgaben, unterstützen Kulturprojekte oder kümmern sich (wie die »Kiezmütter« des Weddinger Vereins »Kulturen im Kiez e.V.«) um benachteiligte Familien. Dabei leisten sie oft wertvolle Arbeit – obwohl man das nicht so laut sagen darf. Denn offiziell muss ihre Tätigkeit »zusätzlich« sein, darf also keine normalen Aufgaben der Kommune ersetzen. Aber dennoch ist diese Arbeit oft notwendig für das Funktionieren des Gemeinwesens. Zum Beispiel bei der Integration: Da werden nicht nur Migranten von vielen Einrichtungen unterstützt – Vereine, kirchliche Einrichtungen oder gemeinnützige Stiftungen unterhalten niederschwellige Anlaufstellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten, im Bezirk gibt es inzwischen ein Netz von 15 Familien- und Stadtteilzentren. Hier wird auch viel ehrenamtliche Arbeit geleistet – doch ohne den Einsatz von »Kräften« aus Beschäftigungsmaßnahmen kommen sie kaum aus. Besonders wichtig sind dabei solche Projekte, die länger als ein Jahr Beschäftigung bieten.

Genau diese Stellen trifft derzeit der Kürzungshammer. Seit April werden vom Jobcenter Mitte keine FAV-Stellen mehr bewilligt. Und »Bürgerarbeit« läuft Ende des Jahres aus. Auch diese Stellen werden, anders als noch im März verkündet, nicht durch FAV ersetzt. Rund 500 dieser langfristigen Maßnahmen fallen in diesem Jahr weg: Von den gegenwärtig rund 850 Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt in Mitte werden zum Jahresende wohl nur rund 350 übrig bleiben.

Die Gründe sind schwer zu fassen. Bundesweit wurde von der Arbeitsagentur im vergangenen Dezember entschieden, die Kosten für Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt auf maximal 26 % der

gesamten »arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen« zu kappen. Hinzu kamen in Mitte finanzielle Engpässe des Jobcenters: rund 9 Millionen Euro fehlten dort für die »Finanzierung von Verwaltungskosten«. Sie wurden aus dem Topf für »Eingliederungsmaßnahmen« und hier besonders aus den Mitteln für den Zweiten Arbeitsmarkt entnommen.

Im Bezirk Mitte und im Land Berlin ging man noch im März davon aus, dass in diesem Jahr eher mehr langfristige »Beschäftigung schaffende Maßnahmen« aufgelegt werden könnten als im vergangenen Jahr. Entsprechend wurden freie Träger mobilisiert, konkrete Arbeitsplätze für solche Maßnahmen zu benennen. Noch zwei Wochen vor dem verkündeten Stopp wurde der Bezirk vom Jobcenter ausdrücklich dazu aufgefordert. Auch das Land hatte die Finanzierung des Arbeitgeberanteils bereits zugesagt.

Im April hieß es jedoch plötzlich, die Mittel für solche Maßnahmen im Jahr 2014 seien ausgeschöpft. Was bis dahin bewilligt war, wird noch finanziert, darüber hinaus aber nichts mehr. Das nimmt dem Bezirk natürlich jeden Spielraum für die Entscheidung, welche FAV-Stellen dringlicher sind und welche eher verzichtbar. Die einen Träger hatten schlichtweg Glück – ihre Maßnahmen für 2014 sind schon bewilligt. Die »Weddinger Kiezmütter« aber beispielsweise hatten Pech: Ihre Maßnahme läuft Ende August aus, ohne Chance auf Verlängerung. Was aus dem Projekt wird, steht derzeit in den Sternen. Auch die Stadtteilzentren sind betroffen, hier fehlen nach der Schätzung des Bezirks rund 100 Stellen am Ende des Jahres. Im kulturellen Bereich sieht es ähnlich aus. So manches Projekt – etwa in Schulbibliotheken oder in der Jugendkulturarbeit – ist jetzt gefährdet.

Der Bezirk protestiert. Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) sieht insbesondere die Stadtteilarbeit, die in den letzten Jahren kontinuierlich aufgebaut wurde, in Gefahr. Der für das Jobcenter zuständige Stadtrat Stephan von Dassel (Grüne) versucht zu retten, was zu retten ist und drängt das Jobcenter dazu, seinen noch verbliebenen Handlungsspielraum auszuschöpfen: »Ich habe mich mit der »Agentur für Arbeit« und dem »Jobcenter Mitte« darauf verständigt, noch frei verfügbare Mittel in der zweiten Jahreshälfte zugunsten von Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes zu verwenden. Allerdings ist der Haushalt des Jobcenters äußerst angespannt, es ist unklar, wie viele zusätzliche Stellen noch eingerichtet werden können. Auf jeden Fall gibt es auch im Jahr 2015 neue FAV-Stellen, die dann hoffentlich geordneter eingerichtet und besetzt werden als in diesem Jahr.« cs

Mitte verweigert Task-Force gegen Ferienwohnungen

Eine zentralisierte Task-Force der Berliner Bezirke gegen Zweckentfremdung von Wohnraum wird es nicht geben. Das Bezirksamt Mitte entschied sich gegen ein Angebot an die anderen Bezirke, wie es der Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Stephan von Dassel (Grüne), vorbereitet hatte. Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) begründete den Rückzug des Bezirks mit einem »nicht überschaubaren Risiko« und mangelnden Raumkapazitäten. Zudem kündigte er eine »Aufstockung« der vom Senat bereit gestellten vier Personalstellen für den Bezirk auf acht bis neun Stellen an.

Seit Mai ist das Gesetz zur Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum in Kraft, das insbesondere den Betrieb von Ferienwohnungen in Wohnungen untersagen soll. Eine Übergangsregelung verschiebt jedoch den kritischen Zeitpunkt auf den 1. Mai 2016: Ferienwohnungen, die bis zum 31. August 2014 dem Bezirk gemeldet werden, dürfen bis dahin noch weiterbetrieben werden. So bestünde genügend Zeit für die Bezirke, um Mitarbeiter für den neuen Aufgabenbereich einzustellen und zu schulen. Aus den bislang bis Juni im Bezirk Mitte eingegangenen Anträgen geht jedoch hervor, dass die Entscheidungen im Einzelfall sehr kompliziert werden. Denn das Gesetz sieht als Genehmigungsgrund für Antragssteller auch die »Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz« vor. Darauf berufen sich Betreiber, etwa wenn sie einen Kredit für den Kauf von Eigentumswohnungen aufgenommen haben, dessen betriebswirtschaftliche Absicherung auf den Einnahmen durch die Ferienwohnungen beruht – und der bei einer normalen Vermietung zu ortsüblichen Mieten platzen würde.

Zudem bietet das Gesetz auch die Möglichkeit, eine Genehmigung mit der Auflage von Ausgleichszahlungen zu verbinden: bis zu fünf Euro pro Quadratmeter und Monat sollen so für die Förderung von Wohnungsneubau zur Verfügung stehen. Hier müssen sich jetzt die Bezirke auf ein möglichst einheitliches Vorgehen einigen, was natürlich in einer gemeinsamen Task-Force deutlich einfacher zu bewerkstelligen wäre.

Stadtrat von Dassel warnt davor, den Effekt des neuen Gesetzes auf die Wohnraumversorgung zu überschätzen: »Es wirkt vor allem in die Zukunft und weniger in die Vergangenheit. Ich glaube nicht, dass tatsächlich eine auf dem Wohnungsmarkt klar spürbare Anzahl von jetzigen Ferienwohnungen wieder zu normalen Wohnungen zurückverwandelt wird. Die Umwandlung von jetzigen Wohnungen in Ferienwohnungen wird dagegen deutlich erschwert, hier wird das Gesetz eindeutig Wirkung entfalten.«

Bezirksbürgermeister Christian Hanke will die Zahl der Mitarbeiter für die Durchsetzung des neuen Gesetzes im Bezirk deutlich aufstocken. »Der Senat finanziert uns zwei reguläre Stellen und erlaubt zusätzlich zwei Mitarbeiter aus dem Personalüberhang. Wir würden gerne aus den Sondermitteln, die der Senat uns für jede neue Baugenehmigung zur Verfügung stellt, noch vier bis fünf weitere Mitarbeiter einstellen, so dass da eine arbeitsfähige Gruppe entsteht.« Das müsse allerdings vom Senat noch genehmigt werden. Angesichts der hohen Anzahl von Ferienwohnungen und dem besonderen Druck auf dem Wohnungsmarkt in Mitte sollte das möglich sein: »Dass ein Zusammenhang zwischen Zweckentfremdung und Wohnungsneubau besteht, hat der Senat ja selbst demonstriert, indem er uns die beiden regulären Stellen für die Zweckentfremdung von dem vorher bereits fest zugesagten Kontingent zur Aufstockung der mit den Baugenehmigungen befassten Mitarbeiter abgezogen hat,« so Hanke.

Zur geplatzten bezirksübergreifenden Task-Force äußerte sich Hanke eher zurückhaltend. Einerseits bestünden hohe Risiken

etwa durch zu erwartende Gerichtsprozesse, die der Bezirk nicht eingehen wolle. Andererseits würden Einsparungen, die der Bezirk durch die Aufgabe einer ganzen Etage mit Büroflächen schon fest eingeplant habe, durch die vom Senat bereitgestellten Mittel bei weitem nicht aufgefangen: Für die bis zu 34 Mitarbeiter der Task-Force stünde also auch kein Platz zur Verfügung. Mit Klagen muss der Bezirk allerdings auch ohne die Task-Force rechnen: in Mitte boomt der Markt für Ferienwohnungen am stärksten.

Die ablehnende Haltung der Bezirksamtsmehrheit erklärt sich zum Teil auch aus der derzeit sehr heftigen Konfrontation zwischen Bezirken und Senat um die Bezirksfinanzierung: Trotz steigender Steuereinnahmen und schnell wachsender Bevölkerung werden die Bezirke immer weiter zu schmerzhaften Kürzungen vor allem im Personalbereich gezwungen, die sie in vielen Bereichen an den Rand der Arbeitsfähigkeit bringen. Das fördert nicht gerade die Bereitschaft, freiwillig zusätzliche Aufgaben und Risiken zu übernehmen. cs

Der Bezirk hat eine E-mail-Adresse eingerichtet, über die Verstöße gegen das Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum gemeldet werden können: zweckentfremdung@ba-mitte.berlin.de

Richtigstellung: Noch keine Genehmigungsfiktion bei Zweckentfremdung

Anders als in einem Kommentar in der letzten Ausgabe dieser Zeitung berichtet, eröffnet das Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum derzeit nicht die Möglichkeit, die Genehmigung neuer Ferienwohnungen zu beantragen und dabei darauf zu hoffen, dass der Bezirk noch nicht dazu in der Lage ist, in der vorgeschriebenen Frist von maximal 14 Wochen einen ablehnenden Bescheid zu begründen. Die Regelung, dass daraufhin die Genehmigung als erteilt zu gelten habe (Genehmigungsfiktion), tritt nämlich erst zum 1. Mai 2016 in Kraft. cs





Baut Fahrradstationen!

Wer nach Mitte pendelt, sollte hier ein Rad sicher deponieren können

In den Niederlanden gehören sie zu jedem anständigen Bahnhof dazu, so wie bei uns die Currybude. In Nordrhein-Westfalen gibt es sie bereits in über 65 Städten. In Potsdam eröffnet im nächsten Jahr die zweite des Landes Brandenburg. In Berlin denkt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ein bisschen nach: Die Rede ist von überdachten und besser bewachten Fahrradstationen in der Nähe von Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs. Auch in Mitte wären sie erforderlich.

Sichere Servicestation für Radfahrer

Denn an vielen U- und S-Bahnhöfen finden Radfahrer oft kaum noch Stellen, an denen sie ihr Gefährt abschließen können. Für Autofahrer gibt es reichlich Parkhäuser – für Radfahrer, die die Umwelt weitaus weniger belasten, nicht. Im holländischen Utrecht dagegen (mit 330.000 Einwohnern etwa so groß wie der Bezirk Mitte) entsteht derzeit das größte Fahrradparkhaus der Welt – für 12.500 Räder. In Münster (300.000 Einwohner) feierte die Fahrradstation am Bahnhof gerade ihr 15-jähriges Jubiläum, 3.300 Räder können hier untergestellt werden. In Potsdam eröffnet im nächsten Jahr eine Fahrradstation am Hauptbahnhof für 550 Räder. Sie beansprucht rund 1000 Quadratmeter einer Tiefgarage – soviel, wie für knapp 40 PKW-Stellplätze benötigt werden.

Zusätzlich wird sie über einen eigenen Eingangsbereich in einem umgebauten Ladenlokal direkt am Bahnhof verfügen, in dem sich auch Serviceeinrichtungen wie eine Fahrradwerkstatt befinden. Die gehören zu Fahrradstationen, wie sie der »Allgemeine Deutsche Fahrradclub« (ADFC) propagiert: Denn die sind im Gegensatz zu reinen Fahrradparkhäusern nicht nur ein überdachter Abstellplatz, sondern eine Servicestation für Radfahrer mit Reparaturservice, Fahrradverleih und vielem mehr. Vor allem aber sind sie überwacht und bieten deshalb Schutz vor Diebstahl – die meisten Versicherungen haften nicht für nächtliche Diebstähle an ungeschützten Orten. Dafür nehmen die Betreiber von Fahrradstationen ein Entgelt, in Nordrhein-Westfalen sind das derzeit 70 Cent am Tag oder 70 Euro für ein Jahresabo, dazu kommen gegebenenfalls noch Gebühren für abschließbare Abteile, die die meisten Stationen zusätzlich bieten.

Elektromobilität auf zwei Rädern

Die Abteile sind besonders für Radfahrer mit hochwertigen Rädern interessant. Auch die Besitzer von Pedelecs mit Elektromotor gehören dazu. Mehr als 10% der verkauften Fahrräder gehören derzeit in diese Kategorie, das sind 410.000 Pedelecs im Jahr, mit stark steigender Tendenz. Vor allem in der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren

sind sie beliebt – hier liebäugeln Umfragen zufolge sogar 40% der Radfahrer mit dem Erwerb eines solchen Elektro-Rades. »Die Elektromobilität entwickelt sich auf zwei Rädern« meint dazu der ADFC.

Pedelecs erweitern den Radius, in dem das Fahrrad in innerstädtischen Bereichen optimal eingesetzt wird. Derzeit liegt der bei rund fünf Kilometern, also in etwa der Entfernung zwischen der Beuth-Hochschule und ihrer geplanten Außenstelle im Terminal des jetzigen Flughafens Tegel oder zwischen den Rathäusern Tiergarten oder Wedding und dem Alexanderplatz. Mit zusätzlicher elektrischer Pedalkraft wird dieser optimale Bereich deutlich erweitert.

Doch tatsächlich sieht man noch kaum Pedelecs in Mitte. Und auch normale Fahrräder könnten deutlich häufiger genutzt werden, wenn die Möglichkeit bestünde, sie an sicheren Orten über Nacht abzuschließen: Wer weiter weg wohnt, hätte so die Möglichkeit, hier ein Rad zu deponieren und sich damit der besonderen Flexibilität dieses Verkehrsmittels auch am Arbeits- oder Studienort in der Innenstadt zu bedienen.

Landesmittel wären erforderlich

Optimale Orte für Fahrradstationen wären in Mitte natürlich die Bahnhöfe mit Regionalbahnanschluss: Hauptbahnhof, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Gesundbrunnen, Potsdamer Platz. Aber auch andere kämen in Betracht: an U- oder S-Bahnhöfen, in deren Nähe viele Pendler zur Arbeit gehen – und das sind hier sehr viele: nicht nur in Hochschulen und Krankenhäusern, sondern auch in Verwaltungsgebäuden, Hotels oder Großunternehmen. Vielleicht könnten auch einige der untergenutzten Parkhäuser dazu umgebaut werden, vor allem im Wedding gibt es reichlich davon.

Die Berliner Bezirke wären allerdings finanziell nicht in der Lage, solche Fahrradstationen zu errichten. Auch in Nordrhein-Westfalen und in Brandenburg muss das Land dazu die notwendigen Investitionssummen bereitstellen.

In Berlin wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis die Zeichen der Zeit erkannt werden. Im Entwurf für das Stadtentwicklungskonzept 2030 findet sich zwar auch eine Passage zu »sicheren Abstellanlagen für Fahrräder« im Umfeld von Verkehrsknotenpunkten. Die Begriffe »Fahrradstation« oder »Fahrradparkhaus« sucht man hier aber vergeblich. Mit »Elektromobilität« verbindet man dort vor allem die Errichtung von Elektroladestationen für PKW.

Christof Schaffelder

Wer macht sowas?

Und wer macht dann trotzdem weiter? – Vandalismus ist stadtweit ein Problem, gegen das auch Bürgerinitiativen ankämpfen



»Ich glaube, ich will nicht mehr«, schrieb Wieland Giebel in einer Mail, nachdem in der Nacht zum ersten Juni das Schwanenhaus im Engelbecken zerstört wurde. Giebel (Publizist, Verleger im »Berlin Story Verlag« und Blogger) ist nicht lebensmüde. Aber er ist es leid, dass bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement mehr oder minder regelmäßig durch Vandalismus torpediert wird.

Das Engelbecken war nach dem Mauerfall liebevoll nach historischem Vorbild mit Mitteln aus dem Denkmalschutzprogramm und unter Leitung der Gartendenkmalpflege wiederhergestellt worden. Im Zusammenhang mit den östlich und südlich anschließenden Themengärten dauerte die vollständige Wiederherstellung dieses einzigartigen Gartendenkmalensembles fast 20 Jahre. Viele Bürger – auch der »Bürgerverein Luisenstadt«, in dem sich 1991 Anwohner aus Mitte und Kreuzberg zusammenfanden – beteiligten sich seit damals ehrenamtlich an der Gestaltung und kümmern sich auch heute noch um die Pflege des Engelbeckens und des Rosengartens. Es ist ein wunderbarer Platz am Wasser, mitten im Zentrum. Das Schwanenhaus wurde von Anwohnern selbst gebaut und finanziert. Nicht nur ein Schwanenpärchen, auch Enten und Schildkröten leben dort. Am Rand des Engelbeckens wächst Schilf.

Die Bürger sind stolz auf das Engelbecken, diesen Ort, den sie mit eigenen Händen geschaffen haben und der ein so starkes Symbol dafür ist, wie die Mauer, die Ost- und Westberlin trennte, Mitte von Kreuzberg abschnitt, auch städtebaulich überwunden werden konnte. Nicht wenige sagen, dass dies einer der schönsten Plätze in der Innenstadt ist.

Niederschmetternd ist es dann, wenn die Menschen, die sich um diesen Ort kümmern, einmal mehr morgens feststellen müssen, dass in der Nacht dort wieder jemand randaliert hat. Das Schwanenhaus war versenkt, Mülleimer wurden abgerissen und ausgekippt, Bänke beschädigt.

Wer macht sowas? Und warum? Mutwille, natürlich. Sicher ist zumindest, dass es hier um Vandalismus geht, wie er u. a. bei Wikipedia treffend definiert wird: »im Sinne destruktiven Zeitvertreibs aus Mangel an wirklich lustvollem Handeln, aus aggressiver Abreaktion von Wut oder von Imponiergehabe ohne darüber hinausgehenden Sinn...«. Es dürften junge Leute sein, die genügend Kraft haben, Holzlatten aus den Parkbänken herauszubrechen und stählerne Papierkörbe mit ihren Betonfundamenten auszuhebeln. Die nachts ins

Wasser des Engelbeckens springen und das schwimmende Schwanenhaus aus seinen Verankerungen reißen.

Vandalismus ist ein Zeichen von Gefühl- und Gedankenlosigkeit und eines Mangels an Respekt. Wer Geschaffenes respektiert und achtet, wird es nicht zerstören. Was also ist los, dass so böse mit Gemeingut umgegangen wird, mit einem Ort, der mit so viel Liebe und selbstlos für alle geschaffen wurde?

»Es wird sich etwas ändern«, schreibt Wieland Giebel nun in seinem Blog. Zusammen mit der Gartendenkmalpflege, dem Bürgerverein Luisenstadt, den Betreibern des »Cafés am Engelbecken« und dem Bezirksamt Mitte wollen sie den Ort wieder herrichten und besser schützen.

Das Bezirksamt stellt dem Bürgerverein Luisenstadt Material zur Reparatur der Parkbänke zur Verfügung. Auch soll es neue Mülleimer geben, die man nicht so leicht aus dem Boden hebeln kann. Die Pflanzen an den Rankengerüsten werden stärker beschnitten, damit das Engelbecken besser einsehbar ist. Unter den Pergolen kommen die Bänke weg, die vor allem nachts frequentiert wurden. Die restlichen Bänke in den besonnenen Bereichen wird der »Bürgerverein Luisenstadt« in seine Obhut nehmen.

Dem Grünflächenamt des Bezirksamts fehlt es an Mitarbeitern und Geld, um Reparaturen und dauerhafte Pflege selbst vorzunehmen. Auf dem Bürgerfest in der Luisenstadt am 27. Juni bat der Bürgerverein dennoch den Bürgermeister von Mitte und die Verantwortlichen von Friedrichshain-Kreuzberg um Unterstützung bei der Platzpflege. Und auch alle Anwohner werden gebeten, ein aufmerksames Auge auf den Platz zu haben. Sollte wieder nachts randaliert werden, reicht ein Anruf bei der Polizei. us

Der Bürgerverein Luisenstadt lädt alle Anrainer zu einem freiwilligen Reparaturarbeitseinsatz ein: am Freitag, 29. August ab 16.30 Uhr, und am Sonnabend, den 30. August, ab 9.30 Uhr – Treffpunkt jeweils am Café Engelbecken.

Spenden auf das Konto des Bürgervereins Luisenstadt sind willkommen, um die Reparaturen zu bezahlen: Konto: Berliner Volksbank, Kontonummer: 57 66 65 40 39, BLZ: 100 900 00, BIC: BEVODEBB, IBAN: DE74 1009 0000 5766 6540 39, Verwendungszweck: Schwanenhaus. Auf Wunsch stellt der Bürgerverein eine Spendenbescheinigung aus.

Kirchen in der Luisenstadt

Wer heute in der Nördlichen Luisenstadt einen Gottesdienst der beiden großen christlichen Konfessionen besuchen möchte, scheint seine Gemeinde vor lauter Kirchen nicht zu finden. Bei genauerem Hinsehen lassen sich die Bauten allerdings als Zeugnisse der besonderen und wechselvollen Geschichte des Stadtraumes lesen.

Die von August Stüler 1844/1845 als altchristliche Basilika entworfene St. Jacobi-Kirche an der Oranienstraße 132–134 ist das älteste erhaltene Bauwerk der Luisenstadt und verweist mit ihrem Vorhof und den Nebengebäuden auf den damals noch ländlich geprägten Charakter des Stadtteils. Die evangelische Gemeinde baute damals neben der kommunalen Armenpflege ein eigenes Pflegesystem zur Betreuung von Mittellosen und Kranken auf.

Die damalige verzweifelte Not in Berlin wurde auch beim Bau des Luisenstädtischen Kanals deutlich, der – sozusagen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – als innerstädtischer Kanal zwischen Mitte und Kreuzberg angelegt und 1852 eröffnet wurde. Auch aus Furcht vor der zunehmenden Industrialisierung, dem Einsatz von Maschinen und damit dem Verlust von Arbeitsplätzen war es im Oktober 1848 zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Dagegen demonstrierte der Staat seine Macht, u.a. am Mariannenplatz – hier war von Wilhelm IV. anstelle des späteren Krankenhauses Bethanien zunächst die Errichtung eines der größten Haftanstalten Europas geplant (die dann später in Moabit gebaut wurde).

Den Gotteshäusern, die von 1840 bis zum Ende der Monarchie 1918 errichtet wurden, kam vor allem die Funktion zu, der Herrschaft von Altar und Thron Ausdruck zu verleihen. Das zeigt sich auch an der 1848 geplanten und 1856 fertiggestellten St. Michael-Kirche. Das Bauwerk, vom Regenten gefördert, war vor allem für die hier stationierten Soldaten katholischen Glaubens errichtet worden. Auch die Benennung nach dem Erzengel Michael geht auf Wilhelm IV. zurück, der in dem mit einem Schwert bewaffneten Himmelswesen einen Schutzpatron und Kämpfer gegen innere und äußere Feinde sah.

Zur selben Zeit hatte die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde ihr Gotteshaus an der Annenstraße errichtet, es wurde 1857 fertiggestellt. Dabei verschaffte sie dem Architekten Herrmann Blankenstein einen ersten Bauauftrag in Berlin. (Später wurde er mit seinen Schul- und Markthallen-Bauten bekannt und Berliner Baustadtrat.) Da die Gemeinde aber nicht zur evangelischen Kirche Preußens gehörte – sie gehört auch heute noch nicht zur Landeskirche – blieb ihr der Bau eines Kirchturms verwehrt.

Das zweitgrößte Kirchenbauwerk der Luisenstadt, die St. Thomas-Kirche, wurde 1869 nach Plänen des Architekten Friedrich Adler erbaut. In ihrer Größe sollte sie sich gegenüber dem ebenfalls am Mariannenplatz gelegenen Krankenhaus Bethanien und der umliegenden fünfstöckigen Wohnbebauung behaupten. Vor allem trug die Kirche mit ihren 1500 Sitzen und weiteren Stehplätzen dem rasanten Bevölkerungswachstum Rechnung. In seiner Dimension und den Stadtraum beherrschenden Standort war das vom Magistrat beauftragte Bauwerk Ausdruck kirchlicher und weltlicher Macht.

Nach den 1920er Jahren und der Zeit des Nationalsozialismus bildeten die Kriegszerstörungen sowie die Sektorengrenze und später der Verlauf der Mauer bedeutende Einschnitte. Die Gemeinden waren nun diesseits und jenseits der Mauer geteilt.



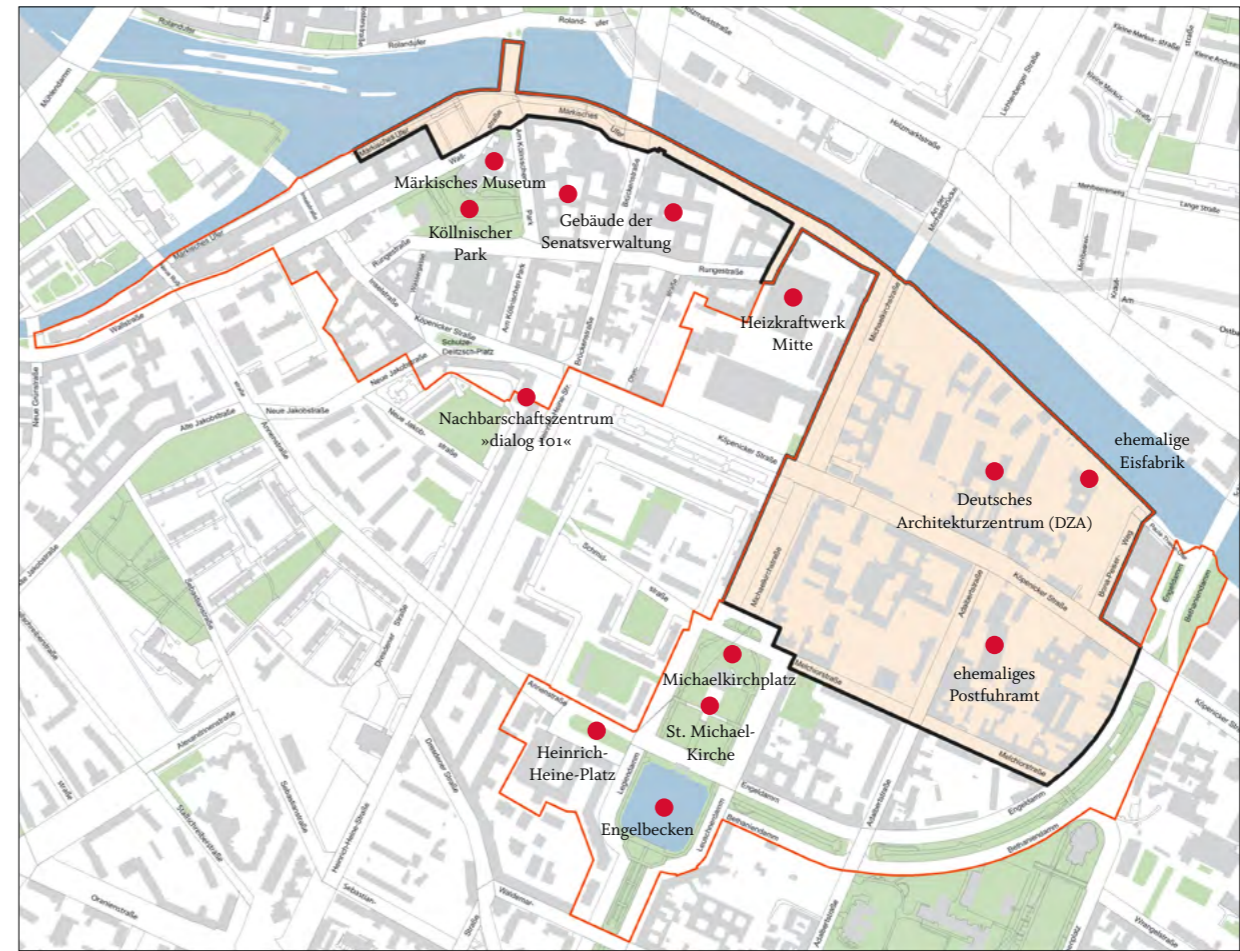
Ch. Eckelt

Heute zeigen sich St. Jacobi und St. Thomas – wie viele Kirchen, die im Krieg ausgebrannt waren – außen original wiederhergestellt und im Inneren im Stil der Moderne der 1960er Jahre.

Die Michaelkirche im Ostteil der Stadt ist heute nur zum Teil als Kirche wieder nutzbar – ein anderer Teil der Fassade ergänzt den Innenhof mit einem Zweckbau aus den 1980er Jahren. Wenige Meter entfernt, auf dem im früheren Westberlin gelegenen Alfred-Döblin-Platz, findet man einen schmucklosen Betonbau des Architekten Hans Schaefers, der für die Westberliner St. Michael-Gemeindemitglieder 1965 errichtet worden war und nun als Jugendkirche genutzt wird.

Die Kirche, die später den Namen der Luisenstadt trug, existiert hingegen nicht mehr. An ihrem ehemaligen Standort in einer Grünanlage an der Sebastian-/Ecke Neue Jakobstraße sind nur noch einige Bodenmarkierungen sowie eine Informationstafel zu finden. Sie wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Die Ruine befand sich dann an der Sektorengrenze, der Mauer und dem späteren Grenzstreifen auf der Ostberliner Seite. 1964 wurde sie dort gesprengt.

Eberhard Elfert



Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt
Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin, direkt am U-Bahneingang Heinrich-Heine-Straße
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
bzw: bv.luisenord@gmail.com

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr





Bunte Mischung

Das diesjährige Sommerfest des Bürgervereins Luisenstadt war ein voller Erfolg

Ausgelassen tanzte ein junger Mann vor der kleinen Bühne, wo zwei Drummer der Musikschule »Fanny Hensel« trommelten. Später sang eine Band aus dem »Betreuten Wohnen« des Caritas-Wohnhauses in der Luisenstadt fast eine Stunde lang überschwänglich: vom NDW-Hit »Goldener Reiter« über Songs von den Toten Hosen bis hin zu Schlagern. Kleine Kinder tobten durch die Gegend und drehten am Tombola-Rad. In der Sommersonne spazierten junge Familien ebenso wie ältere Anwohner an den Ständen von Vereinen und Initiativen entlang.

Das diesjährige Sommerfest des »Bürgervereins Luisenstadt e.V.« war wieder ein rundum gelungener Erfolg. Es gibt wohl kaum ein Stadtteilstück, bei dem man eine so bunte Mischung sieht: Junge und Alte, Menschen mit und ohne Handicap, Anwohner, Gewerbetreibende, die »Kiezmütter«, Künstler, Vereine, die Gemeinden von der Thomas-, Annen- und Michaelkirche, das »Kreativhaus«, die Musikschule, Polizei, Bezirkspolitiker ... Eingeladen hatte der Bürgerverein Luisenstadt zusammen mit der »CaritasWohnen« am Michaelkirchplatz 3 und dem »Pflegerwerk Senioren Centrum« Michaelkirchstraße 19.

Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Dr. Christian Hanke, gab auf der Bühne Auskünfte zur Wohnungspolitik und beantwortete Bürgerfragen, so gut er konnte – leider waren weder Mittes Baustadtrat noch der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain/Kreuzberg erschienen.

Am Infostand des Büros KoSP, das das Sanierungsgebiet betreut, versammelten sich viele Interessierte, die die ausgestellten Pläne zu den Planungen und Projekten im Sanierungsgebiet studierten. Außerdem gab es u.a. ein Bilderpreisrätsel des Bürgervereins Luisenstadt, bei dem man seine Ortskenntnis testen konnte, eine Rollstuhlrallye sowie Führungen, u.a. durch die Annenkirche und das Bruno-Taut-Haus – ein Bau des berühmten Architekten der Moderne aus den 20er Jahren, der für die Gewerkschaft errichtet wurde. Ulrich Fluß vom »Bürgerverein Luisenstadt« berichtete zudem über viele interessante historische Hintergründe des Gebiets.

Das jährlich stattfindende Fest ist ein wichtiger Treffpunkt und Höhepunkt für das Viertel – hier begegnen sich Anwohner und Akteure, können miteinander diskutieren und sich austauschen – diesmal ging es u.a. auch um den Vandalismus am Engelbecken (siehe S. 9). Jedes Jahr gelingt es dem Bürgerverein, beim Fest immer neue Akteure einzubeziehen. Dafür einen großen Glückwunsch! us

Mauer, virtuell

Eine Ausstellung zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

»Kaiser's« im Heine-Viertel hieß früher einfach Kaufhalle. Über das Engelbecken verlief der Todesstreifen. Die Mauer schnitt Mitte von Kreuzberg ab, von 1961 bis 1989. Mitten im Stadtzentrum war für Ost- wie Westberliner die Stadt zu Ende.

Aber wie erklärt man jenen, die diese Zeit nicht mehr erlebt haben, die Situation? Wie sollen Kinder und Jugendliche verstehen, wie die Stadt damals ausgesehen und sich angefühlt hat, durchschnitten von einem drei Meter hohen, lebensgefährlichen Betonbau?

Nun wird diese Zeitgeschichte, 25 Jahre nach dem Mauerfall, wieder erfahrbar. Vom 6. bis 30. August zeigen die Architektinnen und Künstlerinnen Teresa Reuter und Sabe Wunsch ihr Kunstprojekt »Virtuelle Mauer/ ReConstructing the Wall« im Veranstaltungsraum der Berolina-Wohnungsgenossenschaft. In der interaktiven 3D-Installation wird ein Teilbereich der Mauer virtuell rekonstruiert. Mit einer Navigationskonsole und Großprojektion kann man die damalige Situation nachvollziehen, exemplarisch Alltagsgeschichten, Ausnahmesituationen und historische Ereignisse vorwiegend aus den 80er, aber auch aus den 60er Jahren und der Gegenwart erleben.

Ein Programm mit Stadtspaziergängen, Zeitzeugencafés (zu denen insbesondere die Erstbewohner des Heinrich-Heine-Viertels eingeladen sind!) und Workshops mit Kindern und Jugendlichen begleiten die Ausstellung »Virtuelle Mauer_ZeitLabor«. us

Ausstellung »Virtuelle Mauer_ZeitLabor«: 6.-30. August, im Veranstaltungsraum der Wohnungsgenossenschaft Berolina, Neue Jakobstraße 30. Eintritt frei!

Öffnungszeiten und das ausführliche Ausstellungsprogramm findet man unter www.virtuelle-mauer-berlin.de oder in den Schaukästen der Berolina-Genossenschaft.

Kontakt: Teresa Reuter, Sabe Wunsch, Telefon 61 28 87-89/-81 transfernet@gmx.de, www.virtuelle-mauer-berlin.de

